



Medienmitteilung JUSO Basel-Stadt und BastA! vom 26.9.2024

Kantonale Volksinitiative “Erben fürs Wohnen” ist lanciert

Nach mehr als einem halben Jahr Vorbereitung ist es soweit: Die beiden Basler Parteien JUSO und BastA! lancieren gemeinsam eine kantonale Volksinitiative. Diese bringt gleich zwei Dinge unter einen Hut: Die Bekämpfung sozialer Ungleichheit durch die Finanzierung von bezahlbarem und gemeinnützigem Wohnraum mittels einer Erbschaftssteuer.

In der Schweiz herrscht grosse Vermögensungleichheit vor. National etwa besitzen die reichsten 10 Prozent beinahe 65 Prozent des Gesamtvermögens (2021).¹ Auch die Einkommensungleichheit ist eklatant: Im Kanton Basel-Stadt erhalten die reichsten 10 Prozent ungefähr 40 Prozent des Gesamteinkommens (2018).² Gleichzeitig gibt es weder eine nationale noch eine ernstzunehmende kantonale Erbschaftsteuer. Kommt dazu: Basel-Stadt ist ein Kanton von Mieter*innen. Das zeigen die erfolgreichen Wohn-Abstimmungen, die klarmachen, dass ein Zuhause nicht ein nice-to-have, sondern ein Menschenrecht ist.

Diese Kombination führt nun dazu, dass die beiden Basler Parteien JUSO und BastA! gemeinsam eine Volksinitiative lancieren. *“Die Initiative fordert, dass der Kanton Basel-Stadt wieder eine Erbschaftssteuer einführt und diese mit dem Zweck “Wohnen” verbindet”*, sagt Regierungsratskandidat und aktueller Grossrat der BastA!, Oliver Bolliger. Hierfür wird eine progressive Erbschaftssteuer von 4% auf direkte Nachkommen und eine Vereinheitlichung auf 10% bei allen weiteren Verwandten eingeführt. Ein Drittel der Gesamteinnahmen aus der Erbschaftsteuer soll ins gemeinnützige Wohnen fliessen.

Sowohl die [schriftliche Anfrage](#) von Oliver Bolliger zum Thema Erbschaftsteuer aus dem Jahr 2022 als auch die nationale “Initiative für eine Zukunft” der JUSO Schweiz gaben den beiden Parteien Anlass, im Rahmen einer kantonalen Volksinitiative zusammenzuarbeiten. *“Vom Mittel der Erbschaftsteuer sind wir alle seit Tag 1 überzeugt. Nur der Zufall bestimmt, in welche Familie man geboren wird. Dass bei einem möglichen Erbe ein kleiner Teil vom Kuchen abgegeben wird, sollte eine Selbstverständlichkeit sein”*, ergänzt Leoni Bolz, Grossrätin der JUSO/SP.

¹ [World Inequality Database](#) (zuletzt besucht August 2024)

² [Swiss Inequality Database](#) (zuletzt besucht August 2024)



Der vergangene Sommer und der mediale Rummel rund um die Drohgebärden der Superreichen aufgrund der “Initiative für eine Zukunft” kommen gelegen: *“Die Diskussionen über unsere nationale Volksinitiative haben uns klargemacht, dass wir mit dem Thema einen Nerv treffen”*, meint Ella Haefeli, Präsidentin der JUSO Basel-Stadt und fügt an: *“Wer in Basel nicht auf ein Erbe zurückgreifen kann, hat praktisch keine Chance auf Wohneigentum. Mit unserer Initiative fördern wir bezahlbaren Wohnraum, sodass sich mehr Menschen auch ohne Transferleistungen ein Zuhause leisten können.”*

Mit der heutigen Lancierung haben die beiden Parteien 18 Monate Zeit, um 3000 gültige Unterschriften zu sammeln.

weiter in dieser Medienmappe:

- Statements der Medienkontakte
- Initiativbogen



Oliver Bolliger, BastA!

Wie kam es zum Initiativprojekt „Erben fürs Wohnen“

Die AG Umverteilung der BastA! hat sich vor 3 Jahren während der Corona-Pandemie intensiv und über einen längeren Zeitraum mit verschiedenen Umverteilungsideen auseinandergesetzt. Die Ungleichheit in der Gesellschaft und die versteckte Armut kamen während der Pandemie deutlich ans Tageslicht. Konkret haben wir uns mit der Weiterverfolgung von Ideen zum bedingungslosen Grundeinkommen, zu einer allgemeinen Erwerbsausfalls-Versicherung für alle oder eben mit der Frage nach einer Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen beschäftigt.

Vor zwei Jahren haben Beda Baumgartner (SP) und ich schriftliche Anfragen betreffend der Erbschafts- und Schenkungssteuer, einer Wiedereinführung für direkte Nachkommen sowie einer möglicher Zweckbindung eingereicht. Die Antworten der Regierung zu den beiden schriftlichen Anfragen haben wichtige Grundlagen gelegt, um an dieser Frage weiterzuarbeiten.

Bis zum Herbst 2023 waren beide Parteien selbständig unterwegs und aufgrund der nationalen JUSO-Initiative „Initiative für eine Zukunft“ sowie den Nationalratswahlen musste ein mögliches kantonales Projekt zeitlich zurückgestellt werden.

Nach den nationalen Wahlen haben wir als BastA! die JUSO Basel-Stadt angefragt, ob Interesse an einem kantonalen Initiativprojekt zur Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer für direkte Nachkommen besteht. Für BastA! war von Anfang an klar, dass wir für ein solches Initiativprojekt auf einen starken Partner angewiesen sind. Aufgrund der letzten gemeinsamen Kämpfe – z.B. gegen das Steuerpaket – kam für uns nur die JUSO Basel-Stadt in Frage.

Anfang dieses Jahres haben zwischen den beiden Parteien die ersten Besprechungen stattgefunden und Ende April dann der offizielle Kick-Off für das Initiativprojekt. Vor dem Sommer wurde die Initiative gemeinsam in einem demokratischen Prozess ausgearbeitet und diverse Fragestellungen u.a. zur Höhe des Freibetrags und Prozentsatz der Erbschaftssteuer, Erbnachlass oder Erbanfall, zu Verwandtschaftsgrade sowie zur möglichen Zweckbindung bearbeitet.

Nach den Sommerferien wurde das kantonale Initiativprojekt „Erben fürs Wohnen – Erbschaftssteuer für gemeinnützigen Wohnraum“ finalisiert und ab heute beginnen wir mit dem Sammeln der Unterschriften.

Es freut mich sehr, dass wir mit diesem Initiativprojekt einerseits die Frage stellen nach einer sozialen gerechteren Gesellschaft und andererseits wie mit der Ungleichheit der Vermögensverteilung zukünftig umgegangen werden soll. Andererseits steht dieses Initiativprojekt auch exemplarisch für eine etwas andere Art des gemeinsamen Politisierens zwischen zwei Parteien und unterschiedlichen Generationen.

Leoni wird ihnen nun den Inhalt der Initiative detailliert vorstellen.



Leoni Bolz, JUSO Basel-Stadt

Kernelemente der Initiative “Erben fürs Wohnen”

Die Initiative verlangt im Wesentlichen eine Einführung der Erbschaftssteuer für die direkten Nachkommen. Bis 2003 gab es diese bereits in Basel-Stadt, wurde dann aber abgeschafft.

Aktuell gilt für alle anderen Erbschaftskategorien ein Freibetrag von CHF 2.000 CHF. Wir möchten für die direkten Nachkommen einen Freibetrag von 500'000, sodass die kleineren Erbschaften geschützt werden. Die geforderte progressive Steuer von Erbschaften über CHF 500'000 CHF sorgt zudem für eine höhere soziale Gerechtigkeit, ohne durch starre Steuersätze Fehlanreize zu schaffen. Der Steuersatz wird bei 4% angesetzt.

Neu ist auch, dass Stiefkinder den direkten Nachkommen gleichgestellt werden. Damit fallen alle Kinder – einschliesslich Pflege- und Adoptivkinder – in dieselbe Kategorie. Dies spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung wider, in der Patchworkfamilien immer häufiger werden.

Ein alter Zopf ist auch die Gewichtung der Familie. Dass die direkten Nachkommen einen höheren Freibetrag und einen tieferen Steuersatz gewährt bekommen, ist nachvollziehbar. Die weitere Unterscheidung nach Verwandtschaftsgrad, erschliesst sich uns jedoch nicht und scheint überholt. Künftig sollen alle Erbschaften an Verwandte mit dem gleichen Steuersatz von 10 Prozent besteuert werden, egal was für ein Verwandtschaftsgrad vorherrscht. Nicht verwandte Personen bezahlen weiterhin 18 Prozent. Die Freibeträge bleiben jeweils weiterhin bei CHF 2000 CHF bestehen.

Ein häufig vorgebrachtes Gegenargument ist die Gefährdung von Familienunternehmen und Eigenheimen. Um dies zu verhindern, sieht die Initiative Ausnahmeregelungen vor: Die Steuerzahlung kann um bis zu 10 Jahre aufgeschoben und Ermässigungen können gewährt werden. Diese Ermässigungen müssen jedoch zurückerstattet werden, falls die Immobilie oder das Unternehmen innerhalb von 10 Jahren verkauft wird.

Da nun mittels Schenkung an die direkten Nachkommen unterhalb des Freibetrags die Steuer umgangen werden könnte, verlangen wir eine angepasste Schenkungssteuer an direkte Nachkommen.

Damit die soziale Ungleichheit verringert werden kann, wird ein Drittel der gesamten Erbschaftssteuereinnahmen für gemeinnützigen Wohnraum verwendet. Dazu mehr von Joris Fricker.



Joris Fricker, JUSO Basel-Stadt

Erben fürs Wohnen

Wie Oliver Bolliger bereits erwähnt hat, war es nicht von Anfang an klar, dass die Zweckbindung der Erbschaftsteuer dem Thema "Wohnen" gewidmet werden soll. Dies kristallisierte sich erst in der Endauswahl heraus.

Unsere Initiative fordert zum Thema Wohnen im Wortlaut folgendes: "Der Kanton verwendet ein Drittel des Rohertrags der Steuer zum Erwerb von Wohnimmobilien und überführt diese in den gemeinnützigen Wohnungsbestand. Die übrigen zwei Drittel werden wie bisher allgemein als undefinierte Steuereinnahmen verbucht. Die Liegenschaften werden im Baurecht an eine Organisation des gemeinnützigen Wohnungsbaus oder die Stiftung für preisgünstigen Wohnraum abgegeben."

Folgende Argumente gaben den Ausschlag:

1. Rückverteilung

Wer in Basel nicht auf ein Erbe zurückgreifen kann, hat praktisch keine Chance auf Wohneigentum. Mit diesem Leitsatz argumentieren wir. Denn heute bleibt Immobilienkapital unzugänglich in den Händen weniger und wird so weitervererbt. Unsere Initiative fordert eine Rückverteilung, die letztlich zu mehr Gerechtigkeit führt. Mit unserer Initiative machen wir es möglich, dass Menschen, die sonst ein Leben lang auf dem Wohnungsmarkt von ihren Vermieter*innen abhängig sind, zu preisgünstigem und gemeinnützigem Wohnraum kommen. So wird Wohnraum günstiger, sozialer und vor allem gerechter verteilt. Und wie der Titel der Initiative "Erben fürs Wohnen" impliziert, haben damit alle Menschen - unabhängig von Familie und Hintergrund - die Chance, Wohnraum zu erben.

2. Die Häuser denen, die drin leben

Vor wenigen Jahren hat das Recherchekollektiv Reflekt zusammen mit dem Online-Magazin Bajour die Eigentumsverhältnisse von Wohnraum in Basel-Stadt aufgedeckt.³ Erkenntnisse daraus: Basels Wohnraum gehört immer seltener jenen Menschen, die in den Häusern leben. Und: Kanton und Genossenschaften können kaum noch neuen Wohnraum kaufen, die Anzahl Letzteres stagniert. Mit unserer Initiative geben wir dem Kanton mehr Möglichkeiten, Wohnraum zu erwerben und diesen den Menschen preisgünstig gemeinnützig zu überlassen.

3. Basel ist ein Kanton von Mieter*innen

In den letzten 6-7 Jahren stimmte das Basler Stimmvolk stets mieter*innenfreundlich. Dies zeigen die heute starken und griffigen Wohnschutzgesetze. Dies stärkt unsere Position. Die Menschen in Basel-Stadt wollen mehrheitlich preisgünstigen Wohnraum und sie verabscheuen Fremdbestimmung durch ihre Vermieter*innen und durch Investor*innen.

³ <https://bajour.reflekt.ch/recherchen/wem-gehoert-basel/> (zuletzt besucht 25. September 2024)



Aus diesen Gründen glauben wir, dass die Zweckbindung Wohnen in Basel-Stadt einen Nerv trifft. Mehr zum Zusammenhang zwischen einer Erbschaftssteuer, sozialer Ungleichheit und Demokratie hören Sie nun von Franziska Stier.



Franziska Stier, BastA!

Demokratie braucht soziale Gerechtigkeit!

In der Schweiz werden jährlich fast 100 Milliarden Franken vererbt. Aber nicht jede Person erbt auch nur annähernd gleich viel. Bei einer Studie im Kanton Bern zeigte Marius Brühlhart, Professor für Wirtschaft an der Uni Lausanne, dass 96.2 Prozent der Erbschaften weniger als 500.000 Franken betragen. Nur rund 1,5 Prozent der Erbschaften sind höher als eine Millionen Franken und 0,015 Prozent mehr als fünf Millionen.⁴

Die Summe aller Erbschaften hat sich in den letzten fünfzehn Jahren verdoppelt. Fast jeder zweite Vermögensfranken ist nicht durch findiges Unternehmertum, sondern durch Erbschaft entstanden. Aber "Beruf Kind" oder eben Erben sind keine Leistung.

Demgegenüber steht, dass fast jede 10. Person in der Schweiz arm ist bzw. im Tieflohnbereich arbeitet. Aber auch Menschen mit besseren Einkommen haben Schwierigkeiten die monatlichen Kosten zu decken. Im Kanton Basel-Stadt bezogen 2023 rund 2'200 Haushalte Familien-Mietzinsbeiträge⁵, um ein Dach über dem Kopf zu haben. Das hat den Kanton rund 11 Mio. Franken gekostet.⁶ Diese Mietzinsbeiträge sind wichtig, aber sie lösen das Problem nicht.

Wir brauchen in Basel mehr preisgünstigen Wohnraum. Am Ende kann es nicht sein, dass die Allgemeinheit dafür aufkommt, dass Immobilienkonzerne fette Renditen machen, weil Wohnen für immer mehr Menschen nur noch dank staatlicher Subvention möglich ist.

Hinzu kommt, dass viele, die auf Unterstützung angewiesen wären, nicht anspruchsberechtigt sind. Und das sind, nicht selten, genau diejenigen, die täglich viel leisten, die Kinder betreuen, Alte pflegen, unser Essen zubereiten - also jene, die mit harter Arbeit die Gesellschaft am Laufen halten.

Genau das zeigt, dass das Versprechen, mit harter Arbeit erfolgreich zu sein, nicht gilt. In der Schweiz haben Geringverdienende kaum Aufstiegschancen. Es braucht durchschnittlich fünf Generationen, bis die Nachkommen einer Familie aus der Schicht der unteren 10 Prozent das mittlere Einkommensniveau erreichen.⁷ Es wird also nicht nur Reichtum, sondern auch Armut vererbt.

Das steht im krassen Widerspruch zur gesellschaftlichen Idee einer Leistungsgesellschaft.

Gerade Menschen im unteren Einkommenssegment leisten viel. Sie reissen sich den Arsch auf und das Einkommen reicht trotzdem nicht.

Dieser Widerspruch und die wachsende Vermögensungleichheit zerstören zunehmend das Vertrauen in unsere Gesellschaft und die Demokratie – zumindest bei den unteren Schichten. Das zeigt sich zum Beispiel darin, dass Menschen aus einkommensschwachen

⁴ vgl.

<https://www.nzz.ch/report-und-debatte/juso-initiative-wer-profitiert-von-den-erbschaften-in-der-schweiz-ld.1839867>

⁵ <https://statistik.bs.ch/indikatorenportal/4152>

⁶ <https://statistik.bs.ch/files/berichte-analysen/Sozialkennzahlen-2023.pdf>

⁷ <https://www.tagesanzeiger.ch/schweiz-chancengleichheit-wie-wir-uns-in-eine-aristokratie-verwandeln-744410803672>



Verhältnissen seltener an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen.⁸ Diese Verhältnisse und die Ungerechtigkeit führen dazu, dass Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren.

Und das ist logisch. Lobbyismus ist schliesslich Sache der Reichen. Die Wahrscheinlichkeit für eine Politikveränderung ist wesentlich höher, wenn sie von einer grossen Anzahl von Menschen mit höherem Einkommen unterstützt wird.

Das zeigt sich in einigen Abstimmungen, aber auch darin, dass Arbeit stärker besteuert wird als Vermögen oder Erbschaften.

Mit unserer Initiative

1. Schaffen wir langfristig bezahlbaren Wohnraum
2. Verringern wir soziale Ungleichheit
3. Tragen dadurch auch zur Demokratie Sorge, denn soziale Gerechtigkeit stärkt das Vertrauen in die Demokratie und fördert die Teilhabe an der Gesellschaft.

Weiter geht es nun mit David Portmann, der einen Blick auf die Situation zur Nationalen Erbschaftssteuerinitiative wirft.

⁸https://www.swissinfo.ch/ger/demokratie/dunkelkammer-der-demokratie_die-schweiz-als-herrschaft-der-wenigen/43717698



David Portmann, JUSO Basel-Stadt

Die nationale JUSO-Initiative

Da das Thema der Erbschaftssteuer uns allen seit dem Sommer kein fremdes Thema ist, möchten wir hier auch noch mal kurz über die Entwicklungen der nationalen JUSO-Initiative sprechen.

Im Februar 2024 hat die JUSO Schweiz die Initiative für eine Zukunft mit knapp 110'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Auch wir von der JUSO-Basel-Stadt haben uns stark an diesem Projekt beteiligt und in Basel ca. 6000 Unterschriften dafür gesammelt.

Die Initiative erhielt daraufhin im Sommer eine selten dagewesene Medienpräsenz. Das wichtige Anliegen der Erbschaftssteuer wurde heftig diskutiert und von den Bürgerlichen aufs Schärfste angegriffen. Dies, obwohl die Abstimmung darüber noch weit entfernt liegt und sich auch das nationale Parlament noch nicht damit beschäftigt hat. Dieses Verfahren ist eine neue Entwicklung, die unserer Meinung nach sehr bedenklich ist.

Es wurde versucht, das Anliegen, das ca. 110'000 Stimmberechtigte in der Schweiz mit ihrer Unterschrift unterstützen, im Keim zu erstickern. Die Koppelung an die Bekämpfung der Klimakrise wurde in dieser Debatte ignoriert.

Stattdessen wurde viel Raum geschaffen, damit sich die Superreichen der Schweiz zum Anliegen der Erbschaftssteuer äussern konnten. Die Superreichen bauten, wie schon in der Vergangenheit, ihre Drohkulissen auf und beschwerten sich über das demokratisch abgestützte Anliegen der Initiative. Einmal mehr nutzten sie ihre Vormachtstellung und ihre Privilegien in der Schweiz schamlos aus und versuchten das Anliegen zu delegitimieren.

Den Versuch, die Initiative bereits vor der Behandlung durch das Parlament für ungültig zu erklären und die neuesten Aussagen des Bundesrats über eine potenzielle Umsetzung der Initiative, erachten wir demokratiepolitisch als fragwürdig.

Wenn wir neu bei jedem demokratischen Anliegen zuerst die Meinung der Superreichen einholen müssen, können wir ihnen auch gleich die Schlüssel zu den Parlamenten übergeben. Wir werden uns nicht von den Superreichen erpressen lassen. Auch deshalb erachten wir es als zentral, auch in Basel-Stadt vorwärts zu machen mit der Erbschaftssteuer, um damit auch einen weiteren Schritt in Richtung eines sozial gerechten Basels für alle zu machen.